



## **Müll, Lärm und Sozialbetrug**

Bericht: Jana Gareis

**Bewohnerin Ellen Mainka: „Wie das hier aussieht immer!“**

**OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper: „Jetzt noch oder schon wieder?“**

**“Ne, schon wieder.“**

Magdeburg, Neue Neustadt. Oberbürgermeister Lutz Trümper auf Ortstermin.

**OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper: „Darum sind wir ja hier.“**

**Bewohner Wolfgang Schaf**

**„Ich hab die gleiche Meinung wie die Frau unter mir. Was hier los ist. Ich bin Neustädter. Ich kenne Neue Neustadt von klein auf. Was jetzt hier draus geworden ist, ist eine Katastrophe.“**

So wie diese beiden beschwerten sich alteingesessene Mieter schon lange über die Zustände in ihrem Viertel. Es geht vor allem um Müll und Lärm. Grund sind ihrer Meinung nach die neuen Nachbarn – Zugezogene aus Rumänien und Bulgarien. Deren Zahl ist in den letzten beiden Jahren stark gestiegen. Auf 1.300. Bürgermeister Trümper vermutet System dahinter.

**OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper**

**“Dass das reiner Zufall ist, dass so viele hier herziehen, das wäre schon ein großer Zufall. Das ist organisiert.“**

Zirka 60 Prozent der Rumänen und Bulgaren hier beziehen Sozialleistungen. 2014 wurde die EU-Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren in Deutschland eingeführt. Seitdem dürfen sie bei einem geringen Einkommen ab 400 Euro auch Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

**OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper**

**„Wenn das so ist, dass man bei einer Reinigungsfirma arbeiten kann und man verdient sein Geld, dann ist das rechtskonform aber nicht gut, weil ich sage, ich muss mein Geld überwiegend selbst verdienen und nicht nur 300 Euro verdienen. Aber gegen diesen Vorgang kann ich nichts machen, wir müssen das Sozialgeld zahlen.“**



Wir versuchen, mit den Zugezogenen im Viertel ins Gespräch zu kommen. Ein Rumäne der unerkant bleiben will, erzählt uns, dass er nur zwei bis drei Stunden am Tag im Hotel arbeitet und somit geringfügig beschäftigt ist. Dadurch kann er aufstocken, bekommt Wohngeld und Kindergeld.

Sein Landsmann Cristian erklärt uns, warum ein Leben in Deutschland attraktiv für ihn ist.

#### **Rumäne Cristian, neuer Bewohner Neue Neustadt**

**“Der Unterschied ist sehr groß. In Rumänien haben wir 10 Euro pro Kind vom Staat bekommen. Hier gibt’s mind. 190 Euro pro Kind.“**

Fünf Kinder bringen um die 1.000 Euro jeden Monat vom Staat. Viele der rumänischen Familien sind kinderreich.

Immer wieder hören wir von überfüllten, schmutzigen Wohnungen. Besuch bei Michaela Bolbocano – hier ist es ordentlich und sauber. Auch ihre Familie kalkuliert mit den staatlichen Leistungen, dazu gehört auch die Krankenversicherung.

#### **Rumänin Michaela Bolbocano, neue Bewohnerin Neue Neustadt**

**“1.000 Euro bekomme ich. Aber ich bin krank und meine Versicherung zahlt mir nicht mal alles, was ich ausbebe.“**

Sie selber arbeitet nicht, ihr Mann ist geringfügig beschäftigt. 1.000 Euro Sozialleistungen bekommt die Familie im Monat vom Staat, darin sind Kindergeld, Wohngeld und aufstockende Leistungen. Solche Fälle seien für die Stadt eine enorme Belastung. Oberbürgermeister Lutz Trümper ließ auch deshalb angemeldete Gewerbe überprüfen.

#### **OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper**

**“Dann haben wir das überprüft mit den zuständigen Behörden. Und dann haben wir festgestellt, dass davon 90 Prozent der Gewerbe nicht vorgefunden worden ist.“**

Verdacht auf Sozialbetrug, Beschwerden über vermüllte Häuser und überfüllte Wohnungen. Die Stadt sah dringenden Handlungsbedarf. Auf Lutz Trümpers Initiative hin, diskutiert der Landtag von Sachsen-Anhalt nun über ein Wohnungsaufsichtsgesetz. Dieses würde kommunalen Behörden erlauben, bei Verdachtsfällen Wohnungen zu kontrollieren – ohne richterlichen Beschluss.

**OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper**

**“Und das ist für uns der Schlüssel, um ein Papier zu haben, ein Gesetz zu haben, um zu sagen, ich möchte mal in einer Wohnung kontrollieren, ob auch die da wohnen, die gemeldet sind.”**

So ein Gesetz gibt es schon seit vier Jahren in Nordrhein-Westfalen. Wir sind in Duisburg-Marxloh. In diesem Stadtteil haben 64 Prozent der Bewohner einen Migrationshintergrund, kommen aus Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Auch hier gibt es immer wieder Beschwerden wegen Lärm, Müll und heruntergekommenen Häusern.

**Passant im SUV**

**“Was geht denn heute in Marxloh?”**

**Redakteurin Jana Gareis**

**“Wir drehen eine Reportage.”**

**“Ja Marxloh gehört doch zu uns, asoziale Stadt, da hält man jeden auf, oder?”**

Wie sind verabredet mit Daniela Lesmeister. Sie leitete jahrelang eine Einsatzgruppe - die „Taskforce Problemimmobilien“. Diese nutzt das Wohnungsaufsichtsgesetz, um in die Wohnungen zu kommen. Zu Tage kam dabei eine kriminelle Struktur aus Eigentümern und Mietern.

**ehemalige Leiterin Einsatzgruppe Problemimmobilien Dr. Daniela Lesmeister**

**“Die Eigentümer sind oftmals auch gleichzeitig Scheinarbeitgeber, die Scheinarbeitsverträge ausstellen. Mit diesen Scheinarbeitsverträgen kann zum Amt gegangen werden, dann eine Aufstockung beantragt werden für eine Arbeit die es ja gar nicht gibt.”**

Seit Einführung des Gesetzes wurden alleine durch die Taskforce in Duisburg zahlreiche Mehrfamilienhäuser geschlossen. Das heißt - hier darf weder vermietet noch gewohnt werden. Das Ganze scheint aufzugehen. Letztes Jahr ist die Zahl der zugezogenen Rumänen und Bulgaren in Duisburg erstmals zurückgegangen. Doch von Erfolg möchte Lesmeister nicht sprechen.

**ehemalige Leiterin Einsatzgruppe Problemimmobilien Dr. Daniela Lesmeister**

**“Es wurden unter meiner Verantwortung 20 Häuser geschlossen und langfristig wird man gucken müssen, ob dieses Konzept klappt. Erfolg finde ich in dem Zusammenhang nicht passend.”**



Häuser schließen durch Behörden? Rechtsexperte Erik Uwe Amaya ist Vorstand des eigentümergeleiteten Verbandes Haus & Grund. Er kritisiert das Gesetz – weil es dem Ordnungsamt aus seiner Sicht zu viel Macht verleiht.

#### **Rechtsexperte Haus & Grund, Erik Uwe Amaya**

**“Die können also jederzeit die Wohnung einfach betreten. Und das können Polizeibeamte nicht unbedingt. Die müssen sich wenn dann eine richterliche Anordnung beschaffen und dürfen dann erst Wohnungen betreten und da muss man auch wirklich sagen, hier geht es nicht um Leben oder Tod. Hier geht es nur um gewisse Zustände in den Wohnungen und die Zeit wird man sicherlich finden um hier den Richter anzurufen und sich einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen, dass man Wohnungen betreten darf.”**

Zurück in Magdeburg. Auch Oberbürgermeister Trümper möchte mithilfe des geplanten Gesetzes Häuser schließen – wenn nötig. Trotzdem sei so ein Gesetz allein nicht ausreichend, sagt er uns. Er sieht den Bund in der Verantwortung.

#### **OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper**

**“Das zu ändern, dass der Bund ein Gesetz macht und reinschreibt, dass wer nach dem europäischen Freizügigkeitsrecht nach Deutschland kommt, sein Geld überwiegend selbst verdienen muss.”**